Behörden Spiegel
Newsletter
Sonderausgabe zur FLORIAN 2022
Rettung. Feuer. Katastrophe.

Voices in Defence
Flip-Flops im Schnee
Der Podcast des Behörden Spiegel

Nr. 71 Berlin und Bonn 29. September 2022 ISSN 2699-9749

Meldung

PSNV-App in Planung

(BS) Im Projekt "HEiDi – Die Hilfeapp für Einsatzdienste" entwickelt ein Team um den Psychologen Dr. Robert Steinhauser von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) eine App für Einsatzkräfte im Bereich der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV).

Die App wird als ein modulares Unterstützungssystem für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Einsätzen konzipiert. HEiDi soll u. a. ein adaptives Handbuch, in dem der Stand der Forschung im Kontext der PSNV praxistauglich aufbereitet wird, ein Psychohygiene-Modul, welches eine Sammlung von verschiedenen interaktiven Methoden und Hilfsmittel zur Förderung der individuellen Psychohygiene der PSNV-Kräfte, Fachkräfte und Einsatzkräfte der BOS beinhaltet, sowie ein digitales Einsatzmanagement zur Datenerfassung und Dokumentation umfassen. An dem Projekt sind u. a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), der Malteser Hilfsdienst (MHD) und der Landesverband Rheinland-Pfalz des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) beteiligt.

Inhalt/Themen

Positive Bilanz beim eLHF gezogen . 3
TLFKS: Ausbau erforderlich 5
Sammelbeschaffung in Sachsen ... 10
NRW-Feuerwehren wachsen 11

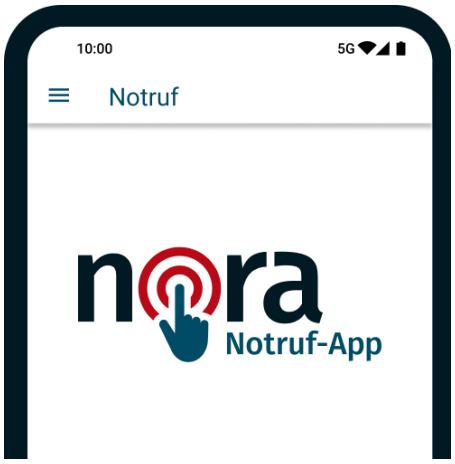
nora feiert ihren ersten Geburtstag

(BS) Nach einem Jahr zieht das Innenministerium Nordrhein-Westfalen für die bundesweite Notruf-App nora Bilanz. Und diese kann sich sehen lassen. Seit dem Start der App im September 2021 wurden über diesen alternativen Notrufkanal über 10.000 Notrufe abgesetzt.

Zudem hat es bundesweit fast 275.000 Registrierungen gegeben. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) zeigt sich begeistert: "Aus zahlreichen Rückmeldungen wissen wir, dass die App das persönliche Sicherheitsempfinden vieler Menschen positiv beeinflusst. Schließlich bietet sie die Möglichkeit, ganz ohne zu sprechen einen Notruf abzusetzen. Auch bei stotternden Menschen ist sie nach unseren Erkenntnissen sehr beliebt. Mehr als eine Viertelmillion Downloads zeigen, dass wir da einen Nerv getroffen haben."

Die Gesamtkosten (August 2019 bis September 2022) für den Notrufkanal liegen bei 9,4 Millionen Euro. Diese umfassen die Projekt-, Entwicklungs- und Betriebskosten. Damit liegen die Kosten im geplanten Kostenrahmen. An den Kosten beteiligen sich alle Länder. Das Innenministerium in Düsseldorf hat "nora" für alle 16 Bundesländer entwickelt und für alle Belange rund um die Notruf-App eine Geschäfts- und Koordinierungsstelle eingerichtet.

In Zukunft soll u. a. die Notrufbearbeitung in den Leitstellen mit weiteren Features und Funktionen verbessert werden. Dazu seien schon verschiedene Funktionen konzipiert und in der Entwicklung. Zudem wird die Usability und Barrierefreiheit stetig optimiert. Dies umfasst einen Dark-Mode oder Maßnahmen zur Verbesserung bei der Sprachsteuerung. Nachdem alle Projektphasen abgeschlossen sind, ist eine Anschlussmöglichkeit für andere auf dem Markt befindlichen Apps geplant.



Über die App nora wurden innerhalb eines Jahres 10.000 Notrufe abgesetzt.

Foto: BS/IM NRW

Die Applikation richtet sich vor allem an Personen, die nicht bzw. nicht gut telefonieren können, wie beispielsweise sprachbehinderte Mitbürger. Die App ist so programmiert, dass auch mit geringen Sprachkenntnissen und ohne zu reden ein Notruf abgesetzt werden kann. Dazu fragt nora den Benutzer per Multiple-Choice-Formular ab, um was für einen Notfall es sich handelt und ob Verletzungen vorliegen. Informationen zur konkreten Notsituation werden über maximal fünf aufeinanderfolgende Fragen abgefragt. Wenn der Nutzer "Notruf senden" drückt, erscheint der Notruf bei der zuständigen Leitstelle.

Die Notruf-App sendet dabei automatisch die Standortdaten des Smartphones mit, um die Hilfe zielsicher entsenden zu können. Mit einer Chat-Funktion kann die Leitstellendisponentin bzw. der Leitstellendisponent mit der notrufenden Person Kontakt halten oder weitere Details zum Notfall erfragen.

Waldbrandbekämpfung – was ist zu tun?

(BS/Armin Schuster) Wir alle haben noch die Bilder der brennenden Wälder etwa in der Gohrischheide oder in der Sächsischen Schweiz vor Augen. Niemand mag sich ausmalen, was ohne die enormen Anstrengungen unserer Feuerwehrleute vor Ort passiert wäre. Unter größten Gefahren und Entbehrungen haben sie sich den Flammen entgegengestellt. Für ihre mitunter tagelangen Einsätze gilt diesen Frauen und Männern unser größter Dank.

Als im Sommer 2022 unsere Wälder brannten, da wurde uns bewusst: Das ist womöglich erst der Anfang. Wir müssen in Zukunft noch besser auf Katastrophenfälle dieses Ausmaßes vorbereitet sein. Unermüdlicher Einsatz unserer Feuerwehren wird nicht immer reichen.

Bereits jetzt haben wir beschlossen, die Aus- und Fortbildung an unserer Landesfeuerwehrschule in Nardt deutlicher auf den Kampf gegen Waldbrände zu fokussieren und zu stärken. Erste entsprechende Tagesseminare sind bereits konzipiert.

Waldbrandschutzkonzept als Grundlage

Noch wichtiger aber ist ein umfassender strategischer Ansatz. Das von den Fachleuten im sächsischen Innenministerium erstellte Waldbrandschutzkonzept ist hierfür die Grundlage und soll nach entsprechender Diskussion in den Fachgremien möglichst schnell umgesetzt werden.

Auch aus diesem Grund haben wir als Sächsische Staatsregierung die Waldbrandkommission ins Leben gerufen. Sie hat einen strategischen Auftrag und soll unter Einbeziehung von Expertise aus Praxis und Wissenschaft erörtern, wie wir durch Prävention, Bekämpfung und Nachsorge von Waldbränden künftig besser vorbereitet sein können. Ich danke an dieser Stelle der Staatskanzlei für die Einrichtung und Besetzung der Kommission und bin zuversichtlich, dass wir dadurch ein ganzes Stück vorankommen werden.

Zusätzliche Investitionen nötig

Ohne den konkreten Ergebnissen der Kommissionsarbeit allzu weit vorzugreifen, ist aber schon jetzt klar: Um Waldbrände wie im Sommer 2022 wirksam und klug bekämpfen zu können, müssen wir zusätzlich investieren. Unser starkes Förderpaket von 200 Millionen Euro für die sächsischen Feuerwehren von 2018 bis 2023 ist zwar eine gute Grundlage, wird aber für die besonderen Anforderungen der Waldbrandbekämpfung nicht ausreichen.

Armin Schuster ist Sächsischer Staatsminister des Innern.

Foto: BS/SMI/C. Reichelt

Es braucht deshalb ein Investitionsprogramm, damit wir gegen Vegetations- bzw. Flächenbrände gerade in schwer zugänglichen Gebieten wie der Sächsischen Schweiz effektiver vorgehen können. Vor allem dort sind die Einsatzkräfte auf die Unterstützung aus der Luft angewiesen.

Beschaffung von weiteren schwerem Gerät geplant

Ich freue mich daher, dass wir vor kurzem die Beschaffung von drei Polizeihubschraubern der Vier-Tonnen-Klasse, die für Löscharbeiten aus der Luft geeignet sind, festmachen konnten. Außerdem arbeiten wir aktuell mit Hochdruck daran, Investitionen für weiteres schweres oder spezielles Gerät wie Großtanklöschfahrzeuge und Hochleistungswasserfördersysteme in die Wege zu leiten.

Natürlich hoffe ich, dass auch im Rahmen FLORIAN ein intensiver Erfahrungsaustausch in Bezug auf die aktuelle Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung möglich sein wird. Die Messe kann dafür eine ideale Plattform bieten.

Positive Bilanz beim eLHF gezogen

(BS) Die Berliner Feuerwehr hat ein elektrisches Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug (eLHF) erprobt. Nun wurde offiziell Bilanz gezogen. Und die fällt sehr gut aus.

Der Ständige Vertreter des Landesbranddirektors, Karsten Göwecke, unterstrich: "Wir sind mehr als positiv überrascht, was die Leistungsfähigkeit des Fahrzeuges betrifft. Alle Mühen und Anstrengungen, die in dieses Projekt geflossen sind, haben sich ausgezahlt. Ich bin stolz darauf, dass wir im Fuhrpark der Berliner Feuerwehr über das modernste Löschfahrzeug der Welt verfügen." Mit dem eLHF habe man einen großen Teil für eine nachhaltige Zukunft beigetragen und die Mensch-Maschine-Schnittstelle derart verbessert, dass zukünftig den diversen Gruppen in der Vielfalt der Feuerwehrangehörigen die Arbeit deutlich erleichtert werde. Göwecke bezeichnete das eLHF als "vollen Erfolg", der in enger Zusammenarbeit mit mehreren unterschiedlichen Akteuren gelungen sei. U. a. sei die Beschaffung des Vorserienfahrzeugs im Rahmen einer Innovationspartnerschaft erfolgt. Aufgrund vielfältiger Förderungen aus verschiedenen Töpfen musste die Berliner Feuerwehr laut Göwecke zudem nur zehn Prozent der Kosten für das Fahrzeug selbst tragen.

Das elektrisch betriebene Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug der Berliner Feuerwehr ist gut angekommen. Es geht nun in den Regelbetrieb.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

1.600 Einsätze und 14.000 Kilometer

Das eLHF habe im Erprobungszeitraum etwa 1.600 Einsätze und eine Laufleistung von rund 14.000 Kilometern absolviert. In 90,7 Prozent der Einsätze sei rein elektrisch gefahren worden.

Fortsetzung auf Seite 4

FLORIAN mit Rettungsdienstforum aescutec®
Fachmesse für Feuerwehr, Zivil- und Katastrophenschutz
13. – 15.10.2022 | MESSE DRESDEN
9 – 17 Uhr www.messe-florian.de
+++ Save the date! +++ FLORIAN 2023 +++ 12. – 14. 10.

Programmauszug

Donnerstag, 13. Oktober
- Fachtagung Technische Hilfeleistung – Elektromobilität
- DGKM-Forum: „Medizinisches Management in CBRN-Lagen“
- Fachtagung Vorbeugender Brandschutz

Freitag, 14. Oktober
- Fachtagung Technische Hilfeleistung – Elektromobilität
- DGKM-Forum: „Kritische Infrastrukturen und Bevölkerungsschutz“
- Atemschutztagung
- Forum: „Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) im Transformationsprozess
- Workshop: XR und mixed-reality im Ausbildungsbetrieb
- Einsatzbesprechung Waldbrandbekämpfung Mitteldeutschland

Samstag, 15. Oktober
- Fachtagung PSNV – E
- Workshop „Statistik 2.0 und Kinderfeuerwehr“
- 3. Fachtagung Rettungsdienst

Änderungen vorbehalten!

ORTEC Messe und Kongress GmbH · florian@ortec.de · IHRE FREUNDLICHE MESSE · feuerwehrmesseflorian · Die FLORIAN auch als App!

Fortsetzung von Seite 3

Bei zehn Einsätzen sei der sogenannte "Range Extender" genutzt worden. Dabei handelt es sich um einen integrierten Euro 6-Dieselmotor, der zum Nachladen des Akkus für den elektrischen Betrieb genutzt wird. Auf ihn wurde zurückgegriffen, sobald der Ladezustand des Akkus 20 Prozent unterschritt.

Probleme oder gar einen Ausfall des eLHF, das sich auch als katastrophenschutzfest erwiesen hat, an einer Einsatzstelle gab es nie. Im Erprobungszeitraum wurden mit dem Projektfahrzeug im Einsatzdienst 10,3 Tonnen CO2-Äquivalent im Vergleich zu einem konventionell angetriebenen Löschfahrzeug eingespart.

Elektrifizierung soll ausgebaut werden

Das Fahrzeug, das Göwecke als "Meilenstein" betrachtet, geht nun in den Regelbetrieb über. Vier weitere sind bereits bestellt. Der Ständige Vertreter des Landesbranddirektors kündigte zudem an, die Elektrifizierung weiterer Fahrzeuge bei der Berliner Feuerwehr erproben zu wollen. Denkbar sei dies u. a. bei Kommandowagen und bestimmten Gerätewagen (insbesondere Hygiene), aber auch bei Drehleitern und möglicherweise auch bei Rettungswagen. Bei Letzteren laufe die Prüfung jedoch noch. Ihm zufolge will die Berufsfeuerwehr Basel komplett auf elektrisch betriebene Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeuge umstellen.

Dr. Silke Karcher, Berliner Staatssekretärin für Umwelt und Klimaschutz, erklärte zu dem Projekt: "Wir wollen und müssen Berlins Fahrzeugflotten dekarbonisieren, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen – und das gilt nicht nur für kleine Pkw, sondern ebenso für schwere Nutzfahrzeuge."

Für die Feuerwehr spielten dabei höchste technische Zuverlässigkeit und gesicherte Einsatzbereitschaft im strapaziösen Dauerbetrieb eine entscheidende Rolle. "Umso besser ist das Ergebnis dieses Pilotprojekts", so Karcher. Sie betonte zudem: "Die systematische Ausrüstung der Feuerwehr mit elektrischen Löschfahrzeugen ist ab sofort planbar."

Teilweise noch Verbesserungsbedarf

Auch Jens Klink, Projektverantwortlicher vom Bereich "Zentraler Service Fahrzeug und Logistik" der Berliner Feuerwehr, zog ein grundsätzlich positives Fazit des Projektes mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Millionen Euro. Allerdings sah er in manchen Bereichen noch Optimierungspotenzial. Dazu gehören die Ladeinfrastruktur und ihre Verlässlichkeit, die Gesamtmasse des Fahrzeuges, die wider Erwarten leicht über 16 Tonnen gelegen habe, sowie das Kamerasystem, das die konventionellen Spiegel ersetzt.

Weil Sie Gefahren nicht riechen können

Schützen Sie Leben und Gesundheit Ihrer Teams – mit tragbaren Gaswarngeräten, die gefährliche Gasentwicklung bei Rettungsarbeiten sofort erkennen. Sprechen Sie mit uns!

Wir kümmern uns drum.

Netze BW GmbH
Sparte Dienstleistungen
Telefon 0711 289-88884
gaswarngeraete@netze-bw.de
www.netze-bw.de/gaswarngeraete

Ein Unternehmen der EnBW

Netze BW
Sparte Dienstleistungen

TLFKS: Ausbau erforderlich

(BS) Die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (TLFKS) sollte deutlich ausgebaut und erweitert werden, damit bis 2035 der steigende Ausbildungsbedarf der Feuerwehrleute im Land gedeckt werden kann. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Bedarfsstudie, die vom Erfurter Innenministerium in Auftrag gegeben worden war.

Demnach steigt der Bedarf der Lehrgangsplätze in Thüringen innerhalb der nächsten 13 Jahre um mehr als 200 Prozent. Die Gutachter empfehlen daher das Personal der TLFKS von derzeit 51 Beschäftigen auf 70 aufzustocken. Die Bettenkapazität sollte von im Moment 80 auf etwa 138 Betten ausgebaut werden. "Die Experten haben im Prinzip das Ergebnis unserer Machbarkeitsstudie aus dem vergangenen Jahr bestätigt", sagte Innenminister Georg Maier (SPD).

Das aktuelle Gutachten hat auch den Raum- und Flächenbedarf der Machbarkeitsstudie und damit die geplanten Ausbau- und Neubauarbeiten grundsätzlich bestätigt. In vier Stufen sollen zwischen 2024 und 2032 Unterkunftsgebäude, Multifunktionsgebäude, Lehr- und Ausbildungsbereich, Fahrzeughalle sowie Technik- und Versorgungsgebäude gebaut werden.

In der Studie wird der zu erwartende Ausbildungsbedarf für 2035 prognostiziert. Die Gutachter kommen zum Ergebnis, dass mit dem aktuellen Personal und den vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten der zukünftige Lehrgangsbedarf nicht gedeckt werden kann. Sie konstatieren aber auch, dass bereits seit 2017 durch verschiedene Maßnahmen, wie dem Einsatz externer Dozenten, die Lehrgangsteilnehmer-Zahlen erhöht wurden. So werden allein bis Ende nächsten Jahres die Lehrgangsplätze für Gruppenführerlehrgänge von 80 auf 270 mehr als verdreifacht. Auch das Personal wurde in den letzten vier Jahren deutlich verstärkt. "Wir müssen jetzt konsequent unser Entwicklungskonzept weiter umsetzen. Im Fokus steht dabei die Aufstockung des Lehrpersonals und die baulichen Maßnahmen." Ziel sei es, dass Thüringen zu Beginn der 2030er-Jahre die modernste Feuerwehrschule in Deutschland habe.

Haben ein gemeinsames Ziel: (v.l.n.r.) Marc Stielow, Leiter Projektgruppe TLFKS 2.0, Jörg Henze, Leiter der TLFKS, und Innenminister Georg Maier (SPD).

Foto: BS/TMIK/Steve Bauerschmidt

Portfolio und Lehrmethoden optimieren

Um die Lehr- und Ausbildungskapazitäten in den nächsten Jahren weiter zu steigern, schlägt das Gutachten eine strategische Weiterentwicklung vor. So sollen Portfolio und Lehrmethoden durch ein modernes Lehrgangsangebot und sachgerechten Ressourceneinsatz optimiert werden. Außerdem sollen die Bedarfsträger angemessen eingebunden werden, indem die Ausbildung mit den Gebietskörperschaften besser verzahnt wird.

Sanierte Feuerwache Ranke übergeben

(BS) Nach zwei Jahren umfangreicher Renovierungs- und Sanierungsarbeiten konnten die Kräfte der Berliner Feuerwache Ranke im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf nun wieder in ihre Dienststelle zurückziehen. Seit Juli 2020 wurden in der rund 4.000 Quadratmeter großen Wache u. a. die Fenster und Tore erneuert.

Gleiches gilt für die Bodenbeläge, Türen und die Sanitäranlagen. Die Arbeiten wurden im Auftrag der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) durchgeführt. Die Berliner Feuerwehr ist in ihren Dienststellen nur Mieter. Darüber hinaus wurden die Heizung, die Brandmeldeanlage sowie die Lüftung erneuert. Außerdem wurde eine Einbruchsschutzanlage installiert und eine energetische Sanierung durchgeführt. Zu Letzterer zählten z. B. die Dachabdichtung und -dämmung sowie eine Fassadenerneuerung. Die Gesamtkosten in Höhe von rund 8,5 Millionen wurden zum größten Teil aus dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA) finanziert. Davon wurden auch die Herstellung eines Retentions-Gründachs, der Einbau einer Abgassauganlage in den Fahrzeughallen sowie die Ertüchtigung der Funkantennenanlage bezahlt.

Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen erklärte: "Von nahezu 100 Standorten – und hier vor allem von den 35 Feuer- und Rettungswachen – rücken wir täglich, rund um die Uhr, zu Einsätzen aus. Jedes Wachgebäude stellt daher eine wichtige Säule in der Kritischen Infrastruktur dar und muss dementsprechend besondere Anforderungen erfüllen." Mit der Sanierung der Feuerwache Ranke sei ein weiterer wichtiger Schritt für eine umweltfreundlichere Zukunft getan worden, so der Landesbranddirektor weiter. Und Innenstaatssekretär Torsten Akmann erklärte, dass die Investitionssumme wichtig und wertvoll sei.

Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen eröffnete die renovierte Wache Ranke wieder.

Foto: BS/Feldmann

Denn: "Die Feuerwehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil für die Versorgung der Bevölkerung und der Gefahrenabwehr."

Posttraumatische Belastungsstörungen nach Einsätzen untersucht

(BS) Besonders nach größeren und ungewöhnlichen Lagen tragen Einsatzkräfte auch psychische Wunden davon. Eine Studie des Bundeswehrkrankenhauses Berlin unter der Leitung von Dr. Ulrich Wesemann untersucht posttraumatische Belastungsstörungen nach der Flutkatastrophe oder nach Amokfahrten. Welche ersten Erkenntnisse er aus der Studie gezogen hat und wie es damit weitergeht, erklärt er im Interview. Die Fragen stellte Bennet Klawon.

Behörden Spiegel: *Worüber sprechen wir, wenn wir von posttraumatischer Belastungsstörung nach Einsätzen reden? Wie äußern sich diese?*

Dr. Wesemann: Bei posttraumatischen Belastungsstörungen handelt es sich im Prinzip um psychische Folgen nach größeren Ereignissen, die nicht normativer Natur sind, d. h. die von ungewöhnlichem Ausmaß sind und die eben nicht unbedingt regelmäßig vorkommen. Es äußert sich zudem in Vermeidungsverhalten, d. h. Leute suchen häufig Plätze nicht mehr auf, an denen sie vorher in der Nähe des Ereignisses waren. Es geht aber auch um Übererregung als Kernsymptom der posttraumatischen Belastungsstörung. Das kann sich in erhöhter Aggressivität, in Reizbarkeit, Impulsivität oder Schreckhaftigkeit äußern.

Es geht auch um Wiedererleben als Kernsymptom der posttraumatischen Belastungsstörung. Dieses Wiederleben kann sich beispielsweise durch Alpträume oder durch regelmäßige Träume davon äußern oder dass sich die Gedanken an das kritische Ereignis immer wieder aufdrängen. In seltenen Fällen kommt es auch zu einer Art Flashback. Das sind Nachhallerinnerungen, in denen man sich noch mal in dieses Szenario reinversetzt fühlt und das Gefühl hat, dass es genau in diesem Moment noch mal abläuft.

Behörden Spiegel: *Jetzt führen Sie am Bundeswehrkrankenhaus in Berlin die CASH-Studie durch. Was machen Sie dabei?*

Dr. Wesemann: CASH steht für Calamities,

Dipl.-Psych. Dr. Ulrich Wesemann ist Studienleiter der CASH-Studie am Bundeswehrkrankenhaus Berlin.

Foto: BS/privat

Anxiety, Stress & Hostility, also im Prinzip für Kalamitäten oder Großschadensereignisse, Angst, Stress und Feindseligkeit. Wir haben mit der Studie nach dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz begonnen. Wir haben uns angeschaut, welche psychischen Folgen dieser Terroranschlag auf die eingesetzten Rettungskräfte hatte. Da hatten wir festgestellt, dass es einige Berufsgruppen-, aber auch geschlechtsspezifische Unterschiede gab.

Dies wollen wir genauer untersuchen. Wir gehen jetzt mit einem Fragebogen nach Großschadensereignissen auf die Einsatzkräfte zu und bitten um Teilnahme. Mit diesem Fragebogen wollen wir herausfinden, welche berufs- und geschlechtsspezifischen Unterschiede nach solchen Ereignissen tatsächlich einsetzen, mit dem Ziel, die Einsatzvor- und -nachbereitung möglichst zu optimieren.

Wir unterscheiden zwischen vorsätzlich und nicht-vorsätzlich herbeigeführten Großschadensereignissen und wir unterscheiden zwischen Typ1- und Typ2-Kriterien oder -Ereignissen. Ein Typ1-Ereignis wäre ein kurzfristig einwirkendes Ereignis, das dann schnell wieder vorübergeht, im Vergleich zu den Typ2-Ereignissen, die dann eben langanhaltend sind. Ein Terroranschlag wäre beispielsweise vorsätzlich herbeigeführt, aber kurzfristig. Im Vergleich dazu wäre die Flutkatastrophe 2021 nicht vorsätzlich herbeigeführt, aber dafür langanhaltend.

Behörden Spiegel: *Warum ist die Unterscheidung wichtig?*

Dr. Wesemann: Die Unterscheidung ist deswegen wichtig, weil wir jetzt wissen, dass vorsätzlich herbeigeführte Großschadensereignisse und langanhaltende Großschadensereignisse im Durchschnitt belastender für die Einsatzkräfte sind als die anderen. Wir schauen uns aber nicht nur die Ereignisarten, die Berufsgruppen und die Geschlechter an, sondern auch wie sich die Einsatzkräfte auf die Einsätze vorbereitet gefühlt haben. Waren sie gut genug dafür ausgebildet?

Fortsetzung auf Seite 8

DRTK-HM8 für 8 Helme, 16 Masken, 16 Lungenautomaten oder 4 Pressluftatmer

Reinigen • Desinfizieren
Trocknen

ALRO

Gartenweg 11
D-74743 Seckach
Tel.: +49 (0) 6293 73 00

Florian 13.-15.10.2022
Halle 1 H-24

Für mehr Infos: info@al-ro.de

DRTK-HM4 für 4 Helme, 8 Masken und 8 Lungenautomaten

Fortsetzung von Seite 7

Wie ist die Ausrüstung vor Ort gewesen? Wie ist die Berichterstattung in den Medien gewesen? Wie schnell ist man an dem Ereignis dran gewesen? Wie war die eigene Bedrohungslage? Das sind alles Kriterien, die wir uns anschauen wollen, weil alle einen Einfluss hinterher auf die psychische Belastung haben können. Das große Ziel ist dann, die Einsatzvor- und -nachbereitungen zu optimieren.

Behörden Spiegel: *Welche ersten Ergebnisse konnten Sie schon aus der Studie ziehen?*

Dr. Wesemann: So viele Ergebnisse haben wir noch nicht, weil wir tatsächlich noch beim ersten Messzeitpunkt sind. Aber wir haben uns jetzt beispielsweise die Polizeikräfte nach der Amokfahrt in Trier angeschaut. Dort haben wir schon eine erste Auswertung durchgeführt. Da haben wir eine Stichtagsprävalenz von posttraumatischen Belastungsstörungen von 1,8 Prozent gefunden. Das liegt also deutlich unter dem Wert, den man eigentlich nach so einem Ereignis erwarten würde. Da würde man eher mit 3,3 bis 3,5 Prozent rechnen. Diese Werte hatten wir nach dem Terroranschlag in Berlin, aber auch nach anderen Anschlägen in Paris oder Madrid. Wir führen das darauf zurück, dass in Trier eine etwas optimierte Einsatzvor- und -nach oder zumindest eine optimierte Einsatznachbereitung durchgeführt wurde. Der dortige Polizeipsychologe hatte schon vor langer Zeit angefangen, die Einsatznachsorge umzustellen. Dies scheint mit einem gewissen Erfolg verbunden gewesen zu sein. Aber wie gesagt, das ist jetzt die Stichtagsprävalenz zum ersten Messzeitpunkt. Wie sich das dann weiterentwickelt, das müssen wir abwarten. Der erste Messzeitpunkt ist ein halbes Jahr nach dem kritischen Ereignis, dann ein Jahr danach und zwei Jahre später noch mal. Deswegen wollen wir uns das über den zeitlichen Verlauf anschauen. Was geht von alleine wieder weg? Für welche Symptome bräuchten wir bessere Maßnahmen?

Behörden Spiegel: *Was erhoffen Sie sich aus der Studie, was soll da konkret geändert werden?*

Dr. Wesemann: Wir erhoffen uns daraus, dass man die Einsätze vorbereiten kann. Das umfasst z. B. die Optimierung der Ausrüstung oder Kriseninterventionsmaßnahmen spezifisch nach diesen Ereignissen. Diese muss man dann aber auch an die Geschlechter und Berufsgruppen anpassen. Aus den ersten Ergebnissen nach dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz haben wir beispielsweise festgestellt, dass weibliche Einsatzkräfte mit mehr paranoidem Denken man kann das jetzt als eine Art misstrauische Grundhaltung übersetzen, darauf reagiert haben. Das spricht dafür, dass wir die Einsatznach- aber auch -vorbereitungen geschlechtsspezifisch anpassen und auf die Symptome zuschneiden müssen.

Behörden Spiegel: *Wenn jemand an der Studie noch teilnehmen möchte, kann er das noch machen?*

Dr. Wesemann: Ja, das würde uns natürlich freuen, denn wir brauchen eine möglichst große Stichprobe. Wir sind für jeden Einzelnen und jede Einzelne dankbar, die daran teilnehmen. Am Ende des Interviews ist ein QR-Code angefügt, den müssen Sie einfach einscannen. Dann kommt man auf unsere Seite. Dort kann man diesen Fragebogen anfordern. Dann nehmen wir Kontakt mit den Betreffenden auf.

Weitere Informationen finden sich unter: link.ptzbw.org/cash oder unter dem QR-Code. Um sich direkt für die Studie anzumelden, kann folgende E-Mail-Adresse kontaktiert werden: cash@ptzbw.org

TEKSAM GmbH
MAST- & BELEUCHTUNGSSYSTEME
Senefelderstraße 19, 51469 Bergisch Gladbach
Telefon : +49 (0)2202 - 23 96 30 - 0
Telefax : +49 (0)2202 - 23 96 30 - 9
E-mail : info@teksam.de - Webseite : www.teksam.de

Kooperationsvereinbarung zum Katastrophenschutz in Bayern

(BS) Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern, einigten sich auf einen Kooperationsvertrag. Kommunikation und Koordination zwischen Land und Verband sollen in Zukunft vertieft und effektiver gestaltet werden.

Die Eckpunkte des Konzepts "Katastrophenschutz Bayern 2025" sollen im Rahmen des Zeitplans bestmöglich bis zum Herbst erarbeitet worden sein. In diesen Prozess ist das Innenministerium sowie die am Katastrophenschutz Bayern beteiligten Akteurinnen und Akteure involviert.

Herrmann betonte, dass der Katastrophenschutz und insbesondere die Ausstattung der Feuerwehren von großer Bedeutung seien. "Allein in den letzten fünf Jahren haben wir mehr als 253 Millionen Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten sowie den Bau von Feuerwehrhäusern ausbezahlt." Auch sei der Katalog der förderfähigen Einsatzfahrzeuge erweitert worden, um speziell den Bedürfnissen kleinerer Feuerwehren gerecht zu werden.

Neben der materiellen Ausstattung soll auch an der Stellschraube Lehrgangsangebot gedreht werden: "Die Zahl der angebotenen Lehrgangsplätze ist von rund 10.000 im Jahr 2010 auf über 15.000 im Vor-Corona Jahr 2019 gestiegen und wird 2023 noch einmal weiter zulegen", äußerte sich Herrmann zum Sachverhalt. Des Weiteren soll ein gemeinsames Projekt mit der Technischen Hochschule Nürnberg ausloten, wie Mitgliederakquise in den Freiwilligen Feuerwehren gelingen kann.

Zudem bedankte sich Joachim Herrmann bei den Freiwilligen für ihr Engagement und ihre Opferbereitschaft: "Hiermit soll die wichtige Arbeit der Feuerwehren, aber auch das Ehrenamt noch einmal ganz intensiv in das Bewusstsein gerückt und zum Mitmachen animiert werden. Denn dieses ehrenamtliche Engagement ist einfach großartig – und unverzichtbar!"

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern, Johann Eitzenberger, unterzeichnten eine Kooperationsvereinbarung zum Katastrophenschutz.

Foto: BS/KFV Roth

universität wien
Postgraduate Center

Risikoprävention und Katastrophenmanagement

Short Facts

Abschluss	Master of Science (MSc)
Dauer	4 Semester (berufsbegleitend)
Umfang	90 ECTS
Sprache	Deutsch
Kosten	€ 13.000,–
Start	jährlich im Oktober
Wissenschaftliche Leitung	Univ.-Prof. Dr. Thomas Glade

Jetzt anmelden!

Jetzt bewerben und im Oktober durchstarten:
Wenige Studienplätze noch verfügbar.

eRISK

In Kooperation mit
BM.I
.SKKM

www.postgraduatecenter.at/oerisk

Sammelbeschaffung für Feuerwehren in Sachsen

(BS) Fünf Drehleiter (DL) stehen fortan den Feuerwehren in Königsbrück, Nossen, Radeberg, Radebeul und Riesa zur Verfügung. Der Freistaat Sachsen förderte das Projekt mit 2, 8 Millionen Euro.

Die Einsatzgeräte eignen sich insbesondere für die Bekämpfung von Bränden in hochgelegenen Wohnungen und die Rettung von Menschen aus Höhen und Tiefen. Um den Ankauf der Geräte zu ermöglichen, schlossen sich die fünf lokalen Feuerwehren in einer Sammelbestellung zusammen. Die Bestellung umfasst fünf Fahrzeuge mit einem Wert von jeweils 3,5 Millionen Euro. Die Anschaffung über Sammelbestellungen berechtigt zur Inanspruchnahme von Förderung im Rahmen der Richtlinie Feuerwehrförderung.

Seit 2018 enthält diese die Möglichkeit Förderung anzufordern, wenn baugleiche Fahrzeuge per Sammelbeschaffung erworben werden. Voraussetzung ist, dass mindestens zwei Gemeinden gemeinsam drei oder mehr gleichartige Feuerwehrfahrzeuge auf Grundlage eines einheitlichen Leistungsverzeichnisses beschaffen. Das Staatsministerium für Inneres kann unter diesen Bedingungen der Erhöhung des zuvor festgestellten Festbetrages um 20 Prozent zustimmen. Innenminister Armin Schuster (CDU) lobte die Zusammenarbeit der Kommunen: "60 Kilometer liegen Königsbrück, Nossen, Radeberg, Radebeul und Riesa zum Teil auseinander – ein hervorragendes Beispiel für kommunale Zusammenarbeit." Die Arbeit habe sich gelohnt.

Beliebte Beschaffungsart in Sachsen

Die Sammelbeschaffungsklausel findet Anklang im Freistaat. Seit ihrer Einführung im Jahr 2018 wurden insgesamt 20 Sammelbeschaffungen durchgeführt. 85 Fahrzeuge konnten auf diese Weise beschafft werden und stehen nun den Gemeinden zu Verfügung.

Dank einer Sammelbestellung und entsprechender Förderung des Freistaates verfügen fünf sächsische Gemeinden nun über Drehleiter.

Foto: BS/FFBretzfeld, pixabay.com

FLEXIBEL FÜR JEDEN EINSATZ.

Unsere Produkte werden sowohl von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben als auch Streitkräften genutzt, um weltweit sauberes Trinkwasser zu produzieren. Entdecken Sie das gesamte Produktportfolio der mobilen Trinkwasserversorgung unter **kaercher-futuretech.com.**

FUTURETECH

Kärcher Group

Trend fortgesetzt: NRW-Feuerwehren wachsen

(BS) Positive Nachrichten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland: Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen sind im vergangenen Jahr weitergewachsen. Dies teilte der Verband der Feuerwehren in NRW (VdF NRW) mit. Insgesamt habe es ein Plus von 1,78 Prozent bei den Mitgliedern von Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren geben.

Ende 2021 betrug damit die Zahl der Einsatzkräfte in NRW 102.097. Im Vorjahr lag diese Zahl noch bei 100.307. Die Freiwilligen Feuerwehren konnten Ende des vergangenen Jahres rund 92.000 Mitglieder verzeichnen. "Wir freuen uns sehr über unsere wachsenden Einsatzabteilungen. Diesen positiven Trend gibt es in fast allen Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen. Das zeigt, wie attraktiv vor allem auch das Ehrenamt in den Feuerwehren ist. Unsere Bemühungen, sowohl das Berufsbild als auch das Ehrenamt in den Feuerwehren attraktiv zu gestalten, zeigen Wirkung. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Helfen hat Zukunft!", sagt Bernd Schneider, stellvertretender Vorsitzender des VdF NRW. Man dürfe jedoch nicht vergessen, dass eine gute Mitgliederentwicklung nicht nur von Neueintritten lebe. Genauso wichtig sei die Mitgliederbindung, so Schneider weiter.

Eine besondere Bedeutung misst der stellvertretende Vorsitzende den Kinder- und Jugendfeuerwehren als zentrale Nachwuchsquelle für das Ehrenamt bei. Dazu wollen der Vorstand der Jugendfeuerwehren NRW und die Landesregierung weiter zusammenarbeiten sowie die Digitalisierung und die Jugendarbeit ausbauen. Als nächstes größeres Projekt wurde deshalb eine Jugendfeuerwehr-App angekündigt, welche bis Ende des Jahres veröffentlicht werden soll. Zudem ist der Frauenanteil bei den Feuerwehren weitergestiegen. Ende 2021 waren erstmals mehr als 7.000 Feuerwehrfrauen im Einsatzdienst. "Das ist noch nicht gut, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung", sagt Birgit Kill, die beim Verband das Projekt "Feuerwehrfrauen" koordiniert.

Die Feuerwehren in NRW können sich trotz demografischen Wandels über eine positive Mitgliederentwicklung freuen.

Foto: BS/Klawon

SWISSPHONE

Ihre erste Wahl zur Bewältigung kritischer Situationen

Störungen, Notfälle und Krisen effizient bewältigen und intelligent managen. Treffen Sie heute die richtigen Vorkehrungen, um kritische Situationen von morgen zu meistern.

Unsere hochverfügbaren – und autarken – End-to-End-Lösungen aus einer Hand sorgen dafür, dass Ihre Alarmierung und Notfallkommunikation bei Ereignissen jeglicher Art kompromisslos zuverlässig funktionieren.

Besuchen Sie uns an der FLORIAN in Dresden.
Sie finden uns in der Halle 1, Stand D-19.

swissphone.de

500. Kleeblattverlegung aus der Ukraine

(BS) Es wurde im Zuge der medizinischen Evakuierungsmission (MEDEVAC) die 500. Verlegung von Patientinnen und Patienten aus der Ukraine nach Deutschland durchgeführt. Seit einem halben Jahr führt Deutschland im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der EU (EU Civil Protection Mechanism, kurz UCPM) diese Flüge durch.

Durchgeführt wird die MEDEVAC dabei in Zusammenarbeit mit dem UCPM-Partner Norwegen. Seit Beginn der Zusammenarbeit konnten die beiden Staaten dabei bereits einiges an Erfahrung im Bereich der MEDEVAC sammeln. Sobald die Patienten in Deutschland ankommen, kommt das während der Corona-Krise entwickelte und erprobte Kleeblattprinzip zur Verteilung der Kranken und Verletzten zum Einsatz, welches die Verwundeten und Verletzten je nach Verletzungsmuster oder Krankheitsbild auf verschiedene Krankenhäuser und Kliniken verteilt.

Es wurden 500 Patientinnen und Patienten aus der Ukraine nach Deutschland ausgeflogen.

Foto: BS/Bundeswehr

Das System wurde dabei für die Internationale Anwendung zur Versorgung der ukrainischen Verletzten erweitert. Dem zuvor aus fünf Kleeblatt Blättern bestehenden Kleeblattkonzept wurde dabei mit der Eingliederung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ein sechstes Kleeblatt hinzugefügt. Das BBK nimmt dabei die Organisation des Transports nach Deutschland wahr. Die Koordination erfolgt über das Gemeinsame Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) im BBK. Dort werden Hilfeleistungsersuchen der Ukraine oder ihrer Anrainerstaaten aufgenommen. Deutschland wird sich weiterhin mit dem Kleeblattkonzept für die Übernahme, Transport und Behandlung von ukrainischen Patientinnen und Patienten engagieren.

Speedsafe Jürgen Fleischhauer · Dechenstr. 29 · D-44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 728 02 43 · www.speedsafe.de · info@speedsafe.de

SPEEDSAFE®
Ihr Spezialist für Einsatzmittel

Gemeinsam Herr der Lage bleiben

(BS) Vergangene Woche waren Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) zu Besuch beim Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB). Das GeKoB soll helfen, bei Krisen alle vorliegenden Informationen und Kompetenzen zu bündeln und den zuständigen Krisenstäben zur Verfügung zu stellen.

Der Mehrwert eines gemeinsamen Lagebildes sei schnell erklärt, meint Dr. Monika John-Koch, Leiterin des GeKoB: "Man sieht, was sich wo anders schon zusammenbraut." Gerade bei benachbarten Bundesländern sei es wichtig, auch über die eigenen Grenzen hinauszuschauen. In den wöchentlichen Lagebesprechungen erfahre man Dinge, die sich noch nicht in den Zahlen niederschlügen und könnte so möglichst vor die Lage kommen. Mit der Corona-Pandemie, dem Hochwasser 2021 und schweren Waldbränden im vergangenen Sommer träfen Großschadenslagen in den letzten Jahren deutlich häufiger auf, so Faeser. "Es ist zum einen der Klimawandel und auch durch den furchtbaren Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat das Ganze nochmal eine besondere Dimension bekommen", erklärte sie. "Hier geht es nicht um Kompetenzgerangel. Hier geht es nicht darum zu fragen, wer ist eigentlich für was zuständig oder wer gibt mehr Geld in irgendwas. Es geht darum, dass wir uns alle an einen Tisch setzen, um zusammen das Beste für die Bevölkerung zu erreichen", so Faeser weiter.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (vierte von links) informierte sich über das GeKoB in Bonn.

Foto: BS/Klement

Im Ernstfall sei es den Menschen egal, welches Logo auf dem Hubschrauber prangt, der sie vom Dach holt, bekräftigte Pistorius. Wichtig sei nur, dass sich die Zivilbevölkerung darauf verlassen könne, dass der Hubschrauber käme. Das GeKoB helfe hier, die Reaktionsfähigkeit in Bund und Ländern zu beschleunigen.

GroupAlarm

FÜR BOS UND INDUSTRIE!

Sichere Primäralarmierung mit GroupAlarm & F.R.E.D.!

Alarmieren Sie sicher, schnell und redundant mit der hochverfügbaren Alarmierungsplattform GroupAlarm und dem LTE Cat M1 Pager F.R.E.D. - ganz ohne POCSAG & TETRA!

Pager F.R.E.D. von HK.SYSTEMS

Informieren Sie sich auf der FLORIAN!
13.-15. Oktober 2022 in Halle 2, Stand A7

Terminvereinbarungen:
sales@groupalarm.com

Brandschutz in niedersächsischen Kommunen gefördert

(BS) Im Rahmen des Bedarfszuweisungsverfahrens erhalten verschiedene niedersächsische Kommunen Förderbescheide in einer Gesamthöhe von etwa 3,8 Millionen Euro vom Innenministerium in Hannover. Die Investitionen sollen für den Aufgabenbereich Brandschutz aufgewendet werden.

Die Mittel der Bedarfszuweisungen entstammen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Sie werden besonders finanzschwachen Kommunen auf Antrag vom niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport bewilligt.

Zuschussberechtigt sind Kommunen, wenn sie Investitionen nicht aus der eigenen Steuereinnahmekraft stemmen können. Bedarfszuweisungen bekommen ausschließlich Kommunen, die die eigene Konsolidierungsbereitschaft in überzeugender Weise unter Beweis gestellt haben. In diesem Jahr erhalten 28 Kommunen des Landes die Fördermittel, um dringende Investitionen für den Brandschutz und in der Hilfeleistung zu tätigen. Dazu gehören neben Baumaßnahmen an Feuerwehrgebäuden, die Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen sowie Brandschutzmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen.

Im Rahmen des Bedarfszuweisungsverfahrens hat Staatssekretär Stephan Manke (SPD) Förderbescheide in einer Gesamthöhe von fast 3,8 Millionen Euro an mehrere niedersächsische Kommunen übergeben.

Foto: BS/MI Niedersachsen

Der Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Stephan Manke (SPD), betonte die Bedeutung gut ausgestatteter Feuerwehren: "Als Land Niedersachsen ist es uns ein wichtiges Anliegen, den Erhalt und die Modernisierung der Feuerwehrinfrastruktur weiter voranzutreiben und dabei gerade auch die finanzschwachen Kommunen zu unterstützen und die Feuerwehren zeitgemäß und modern auszustatten." Das Land Niedersachsen trage Sorge für die angemessene Ausbildung und Ausstattung der Feuerwehrfrauen und -männer.

LORACS
Communication & Safety

A Pappelallee 78/79
10437 Berlin

T +49 (0)30 - 91 90 00 64
M +49 (0)172 - 7 07 70 61
E martin.fischer@loracs.de

SICHERHEITS- UND SYSTEMLÖSUNGEN AUS EINER HAND.

Auszug aus unserer Produktpalette: Neuesten Generation von **Schallmodulen** für den effektiven Einsatz in Bereichen wie der maritimen Umgebung, der Industrie und Öffentlichkeit sowie als Präventionsmaßnahme, **Miniaturkameras** und **Drohnenabwehr mit Scramblern, KVM-Extendern, Tag-Nacht- bzw. Wärmebildkameras, optische Überwachungssysteme** sowie **Spezial-Beleuchtungssysteme**. Rufen Sie an – Wir beraten Sie gern!

BeST Dream CHIP exavision kvm tec smart connections LRAD CORPORATION MC2 technologies NITECORE

+49 (0)30 - 91 90 00 64 www.loracs.de

Zivil-Militärische Zusammenarbeit unter neuem Dach

(BS) In Berlin fand der Aufstellungsappell für das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr (TerrFüKdoBw) statt. Bereits in den Planungen der Vorgängerin von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) war die Überführung der Aufgaben des Territorialen Befehlshabers von dem Inspekteur Streitkräftebasis in ein eigenes Kommando unter Leitung von Generalleutnant Carsten Breuer, der seit Januar 2018 Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr in Berlin ist, vorgesehen. Diese Planungen brachte Lambrecht nun zur Umsetzung.

"Das neue TerrFüKdoBw trägt dann die Gesamtverantwortung für die operative Führung der nationalen Ressourcen aller Teilstreitkräfte sowie der militärischen Organisationsbereiche (Heer, Luftwaffe, Marine, Zentraler Sanitätsdienst, Streitkräftebasis, Cyber- und Informationsraum) im Rahmen des Heimatschutzes, einschließlich der Amts- und Katastrophenhilfe, hybrider Bedrohungslagen sowie in Belangen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit. Zudem nimmt es die Koordination des Aufmarsches von Kräften in Deutschland im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung wahr, dazu zählt auch in enger Abstimmung mit den NATO-Kommandos die Unterstützung von Partnernationen während ihrer Verlegung durch Deutschland (Host Nation Support)", beschreibt die Bundeswehr die Aufgaben.

"Neben der Territorialen Reserve im Heimatschutzauftrag sind dem künftigen TerrFüKdoBw die insgesamt 16 Landeskommandos der Bundesländer, die deutschen Anteile des Multinationalen Kommandos Operative Führung und des Joint Support Enabling Command, das Multinational CIMIC Command, die Truppenübungsplatzkommandanturen sowie das Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung unterstellt. Das Kommando mit Dienstsitz Berlin umfasst rund 550 militärische sowie 250 zivile Dienstposten und ist wie das Einsatzführungskommando der Bundeswehr (EinsFüKdoBw) unmittelbar dem Bundesministerium der Verteidigung unterstellt. Erster Befehlshaber wird Generalleutnant Carsten Breuer."

Generalleutnant Carsten Breuer (links) wird Befehlshaber des TerrFüKdoBw.

Foto: BS/Bundeswehr/Tom Twardy

Digitaler
Katastrophenschutzkongress
2022

Der Weg zur resilienten Gesellschaft

14. und 15.
November 2022

SAVE THE DATE

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel

BOS

Beschaffertage 2022

8. – 9. November 2022 | Bonn

Themen u.a.:

- Innovative Beschaffungen im BOS-Umfeld
- Das öffentliche Preisrecht
- Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Beschaffung und Nutzung von Drohnen
- Notwendige Fähigkeiten von Einsatzfahrzeugen im Geländebetrieb
- Unfallursachen bei Feuerwehrfahrzeugen
- Anforderungserhebung bei BOS-Beschaffungen
- Bedarfsermittlung: Wechselladerfahrzeuge vs. Sonderfahrzeuge
- Aktuelle Rechtsprechung
- Beschaffung von Bodycams
- Vergaberecht und Zuwendungen

Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel Fachliche Leitung MAYBURG RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT MBH RECHTSANWÄLTE | FACHANWÄLTE

Weitere Informationen sowie Online-Anmeldemöglichkeit unter: **www.bos-beschaffertage.de**

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker.

Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.